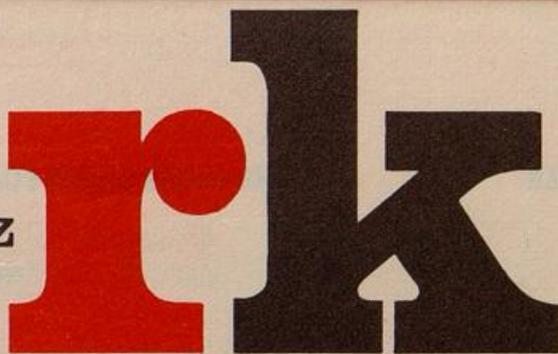


# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



198

*gegründet 1861*

Freitag, 15. Mai 1981

Blatt 1255

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: "In Wien wird nicht nur gesungen"  
(rosa) Zweigstelle des Wohnungsberatungszentrums  
Schieder: Windschutzgürtelkonzept für Wien  
Kein "Kopfgeld" bei Volkszählung  
Enquete über Sozialpolitik  
Amtsantritt von Stadtrat Hofmann

Nur

Über FS: 14.5. Schikaneder-Lehar-Schlüssel: Küchengerät brannte  
15.5. Brandstiftung in Tischlerei  
Neue Einsatzstelle des Wiener Roten Kreuzes  
Weghuberpark: Neue Pläne werden vorgestellt  
Irakische Volkstanzgruppe im Rathaus

"In Wien wird nicht nur gesungen"

=++++

2 Wien, 15.5. (RK-KOMMUNAL) Nach fünftägigem Aufenthalt in Wien können wir feststellen, daß in Wien nicht nur musiziert und gesungen wird, sondern daß in dieser Stadt in den letzten Jahren kommunale Leistungen erbracht wurden, die international Beachtung und Anerkennung verdienen. Dies erklärte der Kopenhagener Kulturstadtrat Bent NEBELONG, der gemeinsam mit einer fünfzehnköpfigen Delegation des Kopenhagener Gemeinderates kommunale Einrichtungen der Bundeshauptstadt studierte. Besonders beeindruckt waren die Gäste von den Assanierungsmaßnahmen in mehreren Teilen Wiens. Sie bezeichneten es als überaus begrüßenswert, daß - wie sie am Beispiel Ottakring ersehen konnten - die betroffene Bevölkerung zur Mitarbeit und Mitentscheidung eingeladen wird.

Besonders beeindruckt zeigten sich die Gäste von der Vielfalt und der nach journalistischen Grundsätzen hergestellten kommunalen Information. Eines der Schlagwörter unserer Zeit, so sagte Stadtrat Nebelong, ist Engagement. Man verwendet ein neues Wort und glaubt, damit etwas erreicht zu haben. Für die Möglichkeit des Mitredens der Bürger bedarf es jedoch einer umfassenden Information. Es hat uns sehr beeindruckt, daß die Stadt Wien modernste technische Hilfsmittel wie Bildschirmgeräte, Telekopierer und Telex und professionelle Journalisten dazu verwendet, um der Öffentlichkeit zu vermitteln, was in der Stadt geschieht und warum es geschieht. Wir betrachten das als einen bedeutungsvollen in inspirierenden Einsatz zum Wohle der kommunalen Demokratie.

Die Gäste wurden von Vizebürgermeisterin Gertrude FRÖHLICH-SANDNER und Landtagspräsident Hubert PFOCH empfangen. Heute Freitag ist die Delegation nach Kopenhagen zurückgekehrt. (Schluß)  
ab/bs

NNNN

Zweigstelle des Wohnungsberatungszentrums in Floridsdorf

=++++

3 #Wien, 15.5. (RK-KOMMUNAL) Eine weitere Zweigstelle des Wohnungsberatungszentrums der Stadt Wien wurde am Freitag von Wohnstadtrat Johann HATZL seiner Bestimmung übergeben. Die neue Außenstelle wurde in Floridsdorf, im Amtshaus Am Spitz eingerichtet. #

Die erste Außenstelle eröffnete Stadtrat Hatzl Mitte Februar im 22. Bezirk, im Amtshaus Schrödingerplatz, die nächste Außenstelle wird in Kürze in der städtischen Wohnhausanlage Am Schöpfwerk in Meidling in Betrieb genommen. Mit diesen Zweigstellen soll den Menschen, die in den äußeren Bezirken Wiens wohnen und die um eine Wohnbeihilfe ansuchen oder Auskünfte über den Wohnungsmarkt einholen wollen, der weite Weg ins Wohnungsberatungszentrum Doblhoffgasse erspart werden. Der Parteienverkehr findet so wie in der Zentrale von Montag bis Freitag von 8 bis 13 Uhr statt. Einmal pro Woche, und zwar jeden Donnerstag von 15.30 bis 17.30 Uhr, gibt es auch Informationsmöglichkeiten über Genossenschafts- und Eigentumswohnungen sowie eine Finanzierungsberatung.

Floridsdorf ist nach der Donaustadt der stärkste "Wohnbeihilfenbezirk". 15 Prozent aller Wohnbeihilfen werden hier beantragt. Insgesamt gibt es in Wien rund 33.000 Mieter und Wohnungseigentümer, die eine Wohnbeihilfe beziehen. Die Höhe der Beihilfe errechnet sich aus der zumutbaren Wohnungsaufwandbelastung und der auf die Wohnung entfallenden Rückzahlungsleistung. Als Berechnungsbasis dient die Grundmiete, nicht jedoch Betriebs-, Heiz- und Bewirtschaftungskosten. Die durchschnittliche Höhe der Wohnbeihilfe beträgt 1.500 Schilling. (Forts.mögl.) ba/sr

NNNN

Schieder: Windschutzgürtelkonzept für Wien (1)

Utl.: Windschutzgürtel: Für die Landwirtschaft

=++++

5 #Wien, 15.5. (RK-KOMMUNAL) "Wiens Ackerflächen sollen dem Wind wieder mehr Hindernisse bieten können: durch ein eigenes Windschutzgürtelkonzept, das das Forstamt gemeinsam mit der Umweltschutzabteilung realisiert", das betonte Grünstadtrat Peter SCHIEDER Freitag bei der Präsentation des Windschutzgürtelkonzepts in Roth-Neusiedl.

Wurden vor Jahren zahlreiche Gehölze und Hecken, die dem Windschutz dienten, vor allem im 10. und 22. Bezirk entfernt, um den besseren Einsatz großer Maschinen zu ermöglichen, so zeigen sich nun die negativen Folgen wie Humuserosion usw.

Daher sollen nun auf Initiative von Grünstadtrat Peter Schieder wieder neue Windschutzgürtel in Wien entstehen. Mit der Realisierung des entsprechenden Konzeptes wurde im vergangenen Jahr in Favoriten, Rothneusiedl, begonnen: Rund 45.000 Quadratmeter landschaftspflegerische Aufforstung wurden als Ersatz für die früher vorhandenen Feldraine und Feldgehölze im Bereich der Rosiwaldgasse angelegt. Dieser erste Windschutzgürtel wurde heute Freitag in Anwesenheit von Bezirksvorsteher Josef DEUTSCH vorgestellt.

Die drei neuen Windschutzgürtel sind durchschnittlich 14 Meter breit und haben eine Gesamtlänge von rund 3,3 Kilometer. Die Kosten dafür: rund 600.000 Schilling.\*

Zwtl.: Lebensraum für typische Tier- und Pflanzenarten

Das Windschutzgürtelkonzept für Wien soll aber nicht nur der Landwirtschaft helfen, sondern auch den für die jeweilige Gegend typischen Tier- und Pflanzenarten neuen Lebensraum bieten. Bei dem Anlegen neuer Windschutzstreifen werden daher, dem modernen Naturschutz entsprechend, standortgetreue Strauch- und Baumarten gesetzt.

Wesentliche Vorteile dieser neuen Windschutzgürtel sind

- o Herabsetzen der Winderosion
- o Verbesserung des Wasserhaushalts - der Boden kann nicht mehr so schnell austrocknen
- o Schaffung eines günstigen Bodenmikroklimas
- o Lebensraum für viele nützliche Tierarten, die in der heutigen Agrarlandschaft keine Chance mehr haben. (Forts. hs/bs

Schieder: Windschutzgürtelkonzept für Wien (2)

Utl.: Weitere Windschutzgürtel folgen

=++++

6 Wien, 15.5. (RK-KOMMUNAL) Im kommenden Jahr werden weitere neue Windschutzgürtel folgen. Im 23. Bezirk, in der Nähe des Inzersdorfer Friedhofs, wird westlich ein neuer Windschutzgürtel ausgepflanzt werden - hier wird auch der Radwanderweg nach Laxenburg angelegt. Weitere Windschutzstreifen sollen in den landwirtschaftlich genutzten Gebieten Favoriten, östlich der Leopoldsdorfer Straße und beim Johannesberg entstehen.

Mehrere Windschutzgürtel sind aber auch als Verbindung von Ökozellen gedacht. So wird ein Schutzstreifen in Favoriten, beim Wasserbehälter Unterlaa, entstehen. Dieser Wasserbehälter wurde erst kürzlich von der Umweltschutzabteilung und den Wasserwerken begrünt und bietet nun eine Sommerwiese mit für den pannonischen Raum typischen Pflanzen wie Pfaffenkäpplerl, Iris und Kuhschelle.

Für den 21. und 22. Bezirk wird derzeit ein eigener Landschaftsrahmenplan von der Stadtgestaltung ausgearbeitet, der ebenfalls auf den Windschutz Rücksicht nimmt. Diesem Plan entsprechend sollen auch hier in den Landwirtschaftsgebieten neue Windschutzstreifen entstehen. Im 22. Bezirk etwa könnten sie vor allem bei den Schottergruben, die im Interesse des Naturschutzes erhalten bleiben sollen, angelegt werden.

Zwtl.: Zahlreiche Windschutzgürtel im 11., 21. und 22. Bezirk bereits gepflanzt

Im 22. Bezirk wurden übrigens auch schon neue Windschutzgürtel vom Forstamt angelegt: so zum Beispiel im Bereich Asparagusweg - Gunterstraße entlang der Landesgrenze, an der Schafflerhofstraße, in Breitenlee, an der Breitenleer Straße bei der Landesgrenze, an der Alten Straße in Süßenbrunn, an der Wagrainer Straße bei der Entseuchungsanlage und bei der Stallarngasse.

Das Stadtwäldchen in der Großfeldsiedlung, an der Seyringer Straße, ist ebenfalls gleichzeitig ein Windschutz, ebenso entstand ein Windschutzstreifen im Bereich der Jedlersdorfer Straße.

In Simmering entstanden u. a. Windschutzpflanzungen, die gleichzeitig als Erholungswald dienen, beim Neugebäude und beim Seeschlachtweg. (Schluß) hs/gg

## Kein "Kopfgeld" bei Volkszählung

Utl.: Volkszähler bitten um Vertrauen und Verständnis!

=++++

7 Wien, 15.5. (RK-KOHHUNAL) Um das Vertrauen der Bevölkerung und Unterstützung bei ihrer Arbeit ersuchen die 14.500 Volkszähler, die derzeit in Wien unterwegs sind: sie holen die Zählpapiere ab, kontrollieren sie und leiten sie wieder an das Magistratische Bezirksamt.

Keine Rede kann davon sein, daß sich die Zähler deshalb um die persönliche Übernahme der Zählpapiere bemühen, weil es dafür - wie eine Wiener Tageszeitung in ihrer Freitag-Ausgabe berichtete - ein "Kopfgeld" gebe. Im Gegenteil: die Zähler erhalten für alle Arbeiten in ihrem Sprengel, der zwischen 40 und 70 Haushalte und Betriebsstätten umfaßt, bloß eine pauschale Entschädigung von 1.200 S. Dafür müssen sie sich oft auch mehrmals bemühen, die Zählpapiere "an den Mann zu bringen", was deshalb häufig schwierig ist, weil Bewohner nicht erreichbar oder Haustore fest verschlossen sind. Etliche befinden sich auf Urlaub und haben für den Zähler keine entsprechende Nachricht hinterlassen. Und auch das Abholen geht nicht problemlos vor sich: obwohl Abholtermine vereinbart wurden, halten sich viele Menschen nicht daran, Zählpapiere sind gar nicht oder nur unvollständig ausgefüllt und müssen vom Zähler mit dem Bewohner ergänzt werden.

Wenn daher in Zeitungsberichten davon die Rede ist, daß verschiedentlich Zählpapiere nicht ausgegeben wurden, sollten diese und viele andere Schwierigkeiten bedacht werden, denen sich die Zähler bei ihrer Arbeit gegenübersehen. Und das, nachdem sie den ganzen Tag in ihren Dienstleistungs- und Verwaltungsdienststellen gearbeitet haben und anschließend - in manchen Fällen wiederholt die Haushalte besuchen, um die Erhebungen durchzuführen. Sie müssen sich gelegentlich wüst beschimpfen lassen, und ihre Redlichkeit wird in Zweifel gestellt, obwohl sie als städtische Bedienstete dem Diensteid unterliegen und auch durch Volkszählungs- und Bundesstatistikgesetz zum Stillschweigen über die erhobenen Daten verpflichtet sind. (Schluß) and/sr

## Enquete über Sozialpolitik (1)

Utl.: Gratz: Jedermann hat Rechtsanspruch auf Sozialhilfe

=++++

9 #Wien, 15.5. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Leopold GRATZ wies Freitag bei der Eröffnung der Enquete anlässlich des 60. Gründungstages des Wiener Sozialamtes auf die große Tradition dieser Einrichtung hin, die vom Sozialreformer Julius Tandler initiiert wurde. Die wesentliche Entwicklung dieser Institution bestehe darin, betonte Gratz, daß man versucht habe, demjenigen, der in Not geraten ist, seine Menschenwürde zu belassen. "Es wurde ein Bündel von Maßnahmen geschnürt", sagte Gratz, "daß jedermann einen Rechtsanspruch auf Sozialhilfe hat, es muß niemand um Gnade bitten."#

Zur Verrechtlichung der Sozialarbeit meinte der Bürgermeister, die Normen dürften nicht so eng gezogen werden, daß der einzelne unter die Räder des Formalismus falle. Die Gesellschaft müsse zur Kenntnis nehmen, daß die Humanität auch daran gemessen werde, ob auch für kleine Gruppen große Leistungen erbracht werden. Gratz warnte abschließend davor, nur über Personen und deren Probleme Untersuchungen durchzuführen, anstatt mit ihnen selbst über ihre Situation und ihre Probleme zu reden.

Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER bezeichnete es als Aufgabe der Enquete, an Hand der geschichtlichen Entwicklung des Sozialamtes und seiner gegenwärtigen Arbeit auch die Zukunft zu meistern. "Es geht darum, in jeder Zeit, in jeder Situation, flexibel das zu tun, was am notwendigsten ist." (Forts.) fk/sr

NNNN

## Enquete über Sozialpolitik (2)

Utl.: Soziale Innovation - Verpflichtung für die Zukunft

=++++

13 Wien, 15.5. (RK-KOMMUNAL) Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof.Dr. Alois STACHER wies auf den Wandel in der Sozialarbeit seit Tandler hin. Stand damals die Bekämpfung der finanziellen Armut im Vordergrund, so spielt diese heute - von Einzelfällen abgesehen - durch die vorbildliche Sozialgesetzgebung kaum mehr eine Rolle. Nicht zuletzt durch die Zunahme der Zahl von älteren Menschen sind es nunmehr vor allem Bedürfnisse und Probleme der persönlichen Hilfe bei der Lebensführung bzw. der Hilfe gegen Isolation und im Erkrankungsfall.

In diesem Zusammenhang kommt besonders der in den letzten Jahren erfolgten Ausweitung der sozialen Dienste in Zusammenarbeit mit privaten Vereinen große Bedeutung zu. Der Stadtrat unterstrich die Notwendigkeit, durch eine möglichst breite Aufklärung das Sozialbewußtsein des einzelnen Bürgers zu wecken. Dazu sind alle Formen von Selbsthilfegruppen geeignet. Nachbarschaftshilfe wird heute bereits in viel größerem Ausmaß geleistet, als man dies allgemein annimmt. Da das Sozialamt sicher nicht alle diesbezüglichen Probleme lösen kann, ist der mündige und verantwortungsvolle, der "soziale Bürger", der von sich aus initiativ wird, eine unbedingte Notwendigkeit.

Zwtl.: Julius Tandler - der soziale Reformier

Dr. Karl SABLİK vom Institut für Geschichte der Medizin der Universität Wien gab einen Überblick über das umfangreiche Schaffen des Gründers des heutigen Sozialamtes und Sozialreformers, Wohlfahrts- und Gesundheitsstadtrates Univ.-Prof.Dr. Julius Tandler. (Forts.) zi/bs

NNNN

## Enquete über Sozialpolitik (3)

Utl.: Sozialpolitik gestern, heute und morgen

=++++

14 Wien, 15.5. (RK-KOMMUNAL) Dr. Friedrich LEITNER wies darauf hin, daß die Sozialhilfe in ihrer Aufgabenstellung gerade in den letzten Jahren ganz wesentlich ausgebaut wurde. Seiner Meinung nach könnten vorhandene Probleme allerdings nicht nur vom Sozialamt, sondern im Zusammenwirken mit anderen Institutionen, wie etwa der Arbeitsmarktverwaltung und dem Wohnungswesen, gelöst werden.

GR. Herbert DINHOF, Geschäftsführer des Kuratoriums Wiener Pensionistenheime, unterstrich, daß der vielzitierte "Generationenkonflikt" keineswegs so bedeutend wäre. In diesem Zusammenhang nannte er die Ergebnisse einer Erhebung des Boltzmann-Institutes für Sozialgerontologie. Demnach wohnen gegenwärtig in Österreich fast 40 Prozent der älteren Menschen im gemeinsamen Haushalt mit ihren Kindern. Lediglich zehn Prozent der alten Menschen sind nach eigenen Angaben einsam.

OSR. Dr. Herbert DRAPALIK, Leiter des Sozialamtes und Bereichsleiter für Behindertenfragen, erklärte, daß gerade in den letzten Jahren die Sozialhilfe für Behinderte zu einem Schwerpunkt geworden ist. Auf Grund eines verbesserten Behindertengesetzes gibt es zahlreiche Möglichkeiten der medizinischen und beruflichen Eingliederungshilfe, aber auch der persönlichen finanziellen Hilfe.

Prim. Dr. Alfred HUBER, ärztlicher Direktor der Rudolfstiftung, betonte, daß sich das Gesundheitswesen gegenwärtig inmitten eines Humanisierungsprozesses befindet. Wegen der technischen Entwicklung der Medizin ist es in manchen Bereichen zu einer Distanzierung von Praxis und Spitalsarbeit gekommen. Durch entsprechende Maßnahmen wird versucht, diese Distanz im Interesse des Patienten wieder zu verkleinern. (Forts.) zi/sr

NNNN

## Enquete über Sozialpolitik (4)

Utl.: Soziales Engagement

=++++

15 Wien, 15.5. (RK-KOMMUNAL) Zum Sozialengagement in der Psychiatrie erklärte Dr. Stephan RUDAS, Chefarzt des Kuratoriums für psychosoziale Dienste, daß vor allem eine Änderung des Bildes der psychisch Kranken und der Psychiatrie in der Öffentlichkeit notwendig wäre. Nur wenn die Gesellschaft das nötige Verständnis hätte, wäre es möglich, die Abkehr von der verwahrenden Psychiatrie zur bedarfsgerechten, sozialen Psychiatrie zu vollziehen.

Die Jugendarbeit als besonderer Schwerpunkt von Tandlers Sozialpolitik bildete den Inhalt der Ausführungen von OSR Dr. Walter PROHASKA, Leiter des Jugendamtes. Ähnlich wie im Sozialamt begann auch im Jugendamt Ende der Sechzigerjahre eine Reformphase, in deren Rahmen Kindergarten- und Heimwesen und diverse soziale Dienste, service- und familiengerecht gestaltet wurden.

Die Notwendigkeit sozialer Kreativitäten im Sinne einer Erneuerung des Sozialwesens durch immer neue Impulse zu fördern, unterstrich der Soziologe Prof. Frederick MAYER. "Wir beschäftigen uns noch immer viel zu viel mit quantifizierender Wissenschaft anstatt mit der Qualität des Lebens und der Verbesserung der menschlichen Beziehungen", meinte er abschließend. (Schluß) zi/bs

NNNN

## Amtsantritt von Stadtrat Hofmann

=++++

10 #Wien, 15.5. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Leopold GRATZ überreichte Freitag früh dem vom Wiener Gemeinderat gewählten neuen Stadtrat der Geschäftsgruppe "Straße, Verkehr und Energie", Ing. Fritz HOFMANN, das Bestellsdekret. An der Amtseinführung nahmen Maigstratsdirektor Dr. Josef BANDION, Stadtbaudirektor Dipl.Ing. Ernst FILZ, Stadtwerke-Generaldirektor Dr. Karl REISINGER sowie leitende Beamte des Ressorts und Vertreter der Gewerkschaft teil.

Bürgermeister Gratz wies daraufhin, daß Stadtrat Hofmann eine äußerst schwierige Aufgabe übernommen hat. Die Zusammenfassung der mit Verkehrsaufgaben beschäftigten Abteilungen und der Stadtwerke in einem großen Ressort hat sich in den vergangenen Jahren bewährt. In ihr kommt zum Ausdruck, daß Straße und Schiene keinen Gegensatz bilden, sondern einem gemeinsamen Ziel dienen. Jede Maßnahme gerade in diesem Bereich stößt heute auch auf Kritik. Wir müssen jedoch den Grundsatz voranstellen, nicht vor allem nur jenen zu dienen, die sich am lautesten artikulieren, sondern jenen, für die es am nötigsten ist, betonte Gratz. Dies gilt etwa auch für Verkehrsmaßnahmen, die für zehntausende Menschen eine Entlastung von Lärm und Abgasen ermöglichen.

Stadtrat Hofmann dankte für das Vertrauen, das ihm durch seine neuerliche Bestellung zum Amtsführenden Stadtrat entgegen gebracht wurde. Die Umstände und die Bedeutung der Aufgabe erlauben keine lange Einarbeitungszeit, sondern erfordern eine sofortige volle Aufnahme seiner Tätigkeit. Dies wird ihm nicht zuletzt dadurch erleichtert, sagte Hofmann, daß er für einen großen Teil seines Ressorts bereits einmal jahrelang die Verantwortung getragen hat. (Forts.) ger/bs

NNNN

15. Mai 1981

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 1266

Amtsaintritt von Stadtrat Hofmann (2)

Utl.: Erste Ausschußsitzung mit Stadtrat Hofmann

=++++

11      Wien, 15.5. (RK-KOMMUNAL) Unmittelbar nach seiner Amtseinführung nahm Stadtrat Hofmann erstmals an einer Sitzung des Gemeinderatsausschusses für "Straße, Verkehr und Energie" teil. Die Sitzung unter dem Vorsitz von Gemeinderat Otto HIRSCH begann mit einer Trauerminute für den ermordeten Stadtrat Heinz NITTEL. Stadtrat Hofmann verließ in einer ersten Stellungnahme seine Hoffnung auf eine gute und kritische Zusammenarbeit der im Gemeinderat vertretenen Parteien Ausdruck und unterstrich seine Bereitschaft, auch mit der Opposition das Gemeinsame zu finden. (Schluß) ger/sr

NNNN